

"Die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament: die Schwierigkeiten bei der Organisation auf europäischer Ebene" in "30 jours d'Europe" (Oktober 1978)

Legende: Vor den Wahlen zum Europäischen Parlament von 1979 organisieren sich die Parteien der neun Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene.

Quelle: 30 jours d'Europe. dir. de publ. Fontaine, François ; Réd. Chef Chastenet, Antoine. Octobre 1978, n° 243. Paris: Bureau d'information des Communautés européennes. "La préparation des élections du Parlement européen. L'organisation des partis politiques à l'échelle européenne : des difficultés à surmonter", p. 5-9.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_vorbereitung_der_wahlen_zum_europaischen_parlament_die_schwierigkeiten_bei_der_organisation_auf_europaischer_ebene_in_30_jours_d_europe_oktober_1978-de-ef3913e3-6740-4ad8-b766-06a6bcb46f30.html



Publication date: 06/07/2016

Die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Schwierigkeiten bei der Organisation der Parteien auf europäischer Ebene

Der Erfolg der Europawahlen von 1979 hängt von der Wahlbeteiligung ab. Es ist Aufgabe der Parteien unserer Länder, ihre Wähler zu mobilisieren. Da die Wahl auf europäischer und nicht auf nationaler Ebene stattfindet, scheint es logisch, dass die Parteien sich auf europäischer Ebene organisieren. Aber es ist keine einfache Aufgabe, eine gemeinsame Plattform zu schaffen. Rudolf Hrbek, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen, erklärt warum.

Bereits seit einigen Jahren bemühen sich die politischen Parteien der neun EG-Mitgliedstaaten darum, sich auf europäischer Ebene zu organisieren. Die derzeitigen Mitglieder des Europäischen Parlamentes haben sich eher nach politischer Verwandtschaft als nach nationaler Herkunft zusammengeschlossen. Bereits drei große europäische Föderationen vereinen auf Gemeinschaftsebene Parteien, die den drei großen politischen Richtungen Liberalismus, Christdemokratie und Sozialismus angehören.

Dies alles ist sicher ein Erfolg für die europäische Integration. Dennoch darf man sich nichts vormachen. Diese europäischen Föderationen sind weit davon entfernt, die Stabilität erreicht zu haben, die die alltägliche Praxis des politischen Lebens den nationalen Parteien sichert. Noch versperren ihnen größere Hindernisse die Entwicklung zu europäischen Parteien, die den Parteien ähneln, die wir aus unseren Ländern kennen.

Vor langer Zeit schon haben die Vorsitzenden der großen Parteien in der Gemeinschaft verstanden, dass es mit den europäischen Schwestern eine engere Zusammenarbeit als die traditionellen „Internationalen“ geben sollte. Daher haben die Parteichefs der drei großen politischen Strömungen Christdemokratie, Liberalismus und Sozialismus vor einigen Jahren innerhalb ihrer jeweiligen internationalen Organisation einen Verband gebildet, der die Parteien der Gemeinschaftsländer vereinigt. Aus diesem Verband gingen später folgende drei Föderationen hervor: der *„Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG“* (April 1974), die *„Föderation der liberalen und demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“* (März 1976) und die *„Europäische Volkspartei“*, Föderation der christlich-demokratischen Parteien (April 1976).

Die drei Föderationen sind eng an die entsprechenden Fraktionen des Europäischen Parlaments gebunden und die Fraktionen haben einen großen Anteil an ihrer Gründung.

Auch die bevorstehende Direktwahl zum Europäischen Parlament gab der Gründung der Föderationen starken Auftrieb. Diese Parteien waren der Ansicht, dass es nicht gut für die europäische Sache sei, sich den Wählern bei der Wahl als rein nationale Parteien zu präsentieren und mit altbekannten nationalen Wahlkampflogans zu werben.

Aus diesem Grund war ihr erstes Ziel, ein gemeinsames Programm oder zumindest eine gemeinsame Wahlplattform auszuarbeiten, die alle Parteien einer Föderation mittragen könnten. Ablauf und Ergebnis der Diskussionen über diese Programme zeigten deutlich die Schwierigkeiten, auf die diese Föderationen stießen.

Die Regelungen der Liberalen und der Christdemokraten

Mit dem Zeitplan fingen die Probleme an: Die Parteien waren nicht in der Lage, die Fristen einzuhalten, die sich selbst gesetzt hatten.

Die Liberalen haben sich am besten an den Zeitplan gehalten. Auf ihrem Gründungsparteitag in Stuttgart Ende März 1976 riefen sie sieben Arbeitsgruppen ins Leben. Schon im darauf folgenden November auf dem ersten ordentlichen Parteitag in Den Haag wurden die von diesen Gruppen erarbeiteten Dokumente diskutiert und in der Sache gebilligt. Daraufhin wurden drei zusätzliche Arbeitsgruppen sowie ein zentraler Programmausschuss gegründet, der im März 1977 einen Gesamtentwurf vorstellte. Nachdem dieses Projekt vom Vorstand der Föderation gebilligt und an die dreizehn Mitgliedsparteien übermittelt worden war, konnten letztere es prüfen und etwaige Änderungsvorschläge einreichen. Die Liberalen waren daher die erste Föderation, die einen Programmarteitag abhielt (18. bis 20. November 1977 in Brüssel), auf dem sie

einstimmig, aber mit einigen Enthaltungen, die „Thesen vom Wahlprogramm der Europäischen Liberalen Demokraten“ (ELD) verabschiedeten. Unter dem Kürzel ELD und mit einem gelb-blauen Emblem wollen sich die Liberalen nun in den europäischen Wahlkampf stürzen.

Gleich nach ihrer Gründung hat die Europäische Volkspartei (EVP), ein Zusammenschluss der christlich-demokratischen Parteien, ebenfalls einen Programmausschuss gebildet, der seinen Entwurf den Mitgliedsparteien im Mai 1977 als Diskussionsgrundlage vorstellte. Dieser Entwurf wurde wiederholt abgeändert. Der Parteitag fand daher nicht wie geplant am 1. und 2. Dezember 1977, sondern erst am 6. und 7. März 1978 in Brüssel statt. Auf diesem Parteitag wurde das „politische Programm der EVP“ mit einer sehr breiten Mehrheit angenommen. Die hier eingereichten Änderungsanträge wurden in der Endfassung des Programms nicht berücksichtigt, aber der Parteitag hat sie als „Entschlüsse“ dem Präsidium übermittelt. Dank dieses Kniffs war es möglich, das Programm zu verabschieden, und man kann sich fragen, was passiert wäre, wenn es zu einer tief gehenden Diskussion beispielsweise über den Vorschlag gekommen wäre, nicht nur die Familie, sondern auch andere Arten sozialer Gruppen als Grundlagen der Gesellschaft zu definieren.

Die Schwierigkeiten der Sozialisten

Im Gegensatz zu den Liberalen und Christdemokraten, die mittlerweile über eine Wahlkampfplattform verfügen, ist bei den Sozialisten die Diskussion über das Programm nicht vorangeschritten. Dabei waren sie als erste ans Werk gegangen: Schon im Sommer 1975 hatten sie die Grundlagen eines Programms angenommen, das von vier Arbeitsgruppen von Januar 1976 bis Juni 1977 weiter bearbeitet wurde. Der fertige Entwurf wurde den Mitgliedsparteien übermittelt und veröffentlicht. Seitdem ist er in Vergessenheit geraten.

Was war geschehen? Die betroffenen Parteien hatten über den von den Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Entwurf nicht beziehungsweise nicht genügend diskutiert. Die französischen Sozialisten zum Beispiel gaben im Herbst 1977 an, dass sie nicht die Absicht hätten, vor den französischen Wahlen im März 1978 die Diskussion zu beginnen. Dies war verständlich, denn der Kompromisscharakter des Vorhabens hätte innerhalb der Partei zu Spannungen geführt und die Sozialisten wären den Angriffen der Kommunisten ausgesetzt gewesen, die mit Sicherheit darauf hingewiesen hätten, dass die Hauptelemente des Entwurfs nicht mit dem gemeinsamen Programm der französischen Linken vereinbar seien. Außerhalb Frankreichs wurde an diesem Entwurf außerdem kritisiert, dass er viel zu umfangreich und kein sehr gutes Wahlprogramm sei.

Die Sozialisten sind daher auf der Suche nach einem neuen Wahlprogramm, das auf einem Anfang 1979 geplanten Parteitag gebilligt werden soll.

Im Augenblick verfügen daher nur die ELP und die EVP über europäische Plattformen.

Zweideutige und widersprüchliche Erklärungen

Der Inhalt der Programme oder der Programmentwürfe zeigt ganz deutlich, dass es keine leichte Geburt war. Auf zahlreichen Gebieten haben die Parteien nur sehr mühsam Kompromisslösungen gefunden. So erklären beispielsweise die Liberalen in Bezug auf die Wirtschaftsausrichtung, sie vertrauten *sowohl auf die Dynamik der privaten Unternehmen als auch der demokratischen Führung der Wirtschaft mittels einer flexiblen Planwirtschaft, die zusammen mit den sozialen Partnern ausgearbeitet wird und gewisse Positionen im Bereich der Löhne und Preise berücksichtigt.*

Die Zutaten für ein solches Rezept sind nicht für alle unsere Länder und alle unsere Parteien akzeptabel. Auch im Programm der EVP ist bei der Festlegung der wirtschaftlichen und sozialen Positionen nicht klar genug definiert, bis wohin der Staat gehen darf und kann.

Die Kompromisse zeigen sich jedoch besonders deutlich beim Entwurf der Sozialisten. Die Realisierung einer gerechteren Verteilung der Einkommen und des Vermögens erlaubt es ihnen, sowohl eine Steuerpolitik

zu vertreten, die sich gegen die Reichen richtet, als auch – durch Förderung von Sparen – die Vermögensbildung bei den benachteiligten Gesellschaftsgruppen zu unterstützen. Diese Art von Empfehlungen bringt die von einem Land zum anderen äußerst unterschiedlichen Konzepte und Strategien zum Ausdruck. Gleiches gilt für die Erklärungen zum sozialen Rechtsstaat: Hier werden vier Modelle gleichzeitig angeboten, die von der reinen Vertretung der Arbeiter in den Aufsichtsgremien über die gleichberechtigte Mitbestimmung bis hin zur Selbstverwaltung reichen.

Die Programme enthalten nicht nur zweideutige, sondern sogar widersprüchliche Erklärungen. Was ist zum Beispiel von der Erklärung der ELD zu halten, die gemeinsame Agrarpolitik müsse „sowohl den Landwirten als auch den Verbrauchern Vorteile bringen, ohne unnötige Belastungen für den europäischen Steuerzahler nach sich zu ziehen“? Die EVP äußert sich in nicht weniger „konkreten“ Worten zur Mitbestimmung („ausgewogene Vertretung“).

Gleichermaßen aufschlussreich sind die Themen, zu denen sich die Programme nicht äußern. So schweigen die Sozialisten beispielsweise beim Problem der Atomenergie.

Als typisches Phänomen der Situation, in der sich die Föderation der sozialistischen Parteien befindet, betont der Programmentwurf die nationale Komponente beim Weg zum demokratischen Sozialismus: „Die Übertragung von neuen Zuständigkeiten auf die europäischen Institutionen darf die Anwendung eines sozialistischen Programms auf nationaler Ebene nicht verhindern.“ Diese Formulierung kann die Furcht davor, dass die Gemeinschaft ein Hindernis auf dem Weg zum Sozialismus darstellen könnte, nur schlecht verbergen.

Die Möglichkeit eines gemeinsamen Wahlkampfes

Es ist leicht vorhersehbar, dass die Anwendung dieser Programme Schwierigkeiten aufwerfen wird. Sie beginnen bereits mit der Formulierung der Wahlkampfeslogans, da diese – wie es zu erwarten ist – von den nationalen Parteien vorgeschlagen werden. Die zahlreichen Interpretationen der gemeinsamen Wahlplattformen, die dieser Prozess sicher hervorrufen wird, könnten die bestehenden Divergenzen sogar betonen und gefährden so den Zusammenhalt der verschiedenen Föderationen. Man kann sich auch fragen, ob diese Programme in der Tat im Wahlkampf gemeinsam verwendet werden können.

Ist ein gemeinsamer Wahlkampf denn überhaupt möglich? Werden die verschiedenen Parteivorsitzenden einer gleichen europäischen Föderation gemeinsame Sache machen? Schmidt mit Mitterand, Strauss mit Tindemans? Befürchten die Parteien nicht, auf diese Weise ihre Stammwähler zu verärgern und in ihren Ländern den politischen Gegnern einen leichten Angriffspunkt zu bieten? Was geschieht erst bei zwei Parteien aus einem gleichen Land, die auf nationaler Ebene miteinander konkurrieren, aber Mitglied der gleichen europäischen Föderation sind (so zum Beispiel die Liberalen und Republikaner in Italien)? Werden sie das gleiche Programm im europäischen Wahlkampf vertreten können? Und was passiert, wenn sie es nicht tun?

Die drei europäischen politischen Föderationen müssen außerdem auf Schwierigkeiten ganz anderer Art gefasst sein: Die politische Landschaft in Europa ist ganz und gar nicht stabil. Zum einen kommt es zu Verschiebungen bei der Zusammensetzung der Parteien auf nationaler Ebene. In Frankreich zum Beispiel vereint die UDF verschiedene Parteien des Zentrums, die von der Regierung vertreten werden – Parteien, die verschiedenen europäischen Föderationen angehören und das Programm „ihrer“ Föderation verteidigen. So ist die Partei „Centre des démocrates sociaux“ (CDS) beispielsweise Mitglied der EVP, während die unabhängigen Republikaner zur ELD gehören. Es scheint nicht denkbar, dass diese Art nationaler Koalitionen auf Dauer keine Auswirkungen auf Gemeinschaftsebene haben. Da nun aber die nationalen Erwägungen immer Vorrang haben, werden die europäischen Föderationen darunter leiden müssen. Sollten beispielsweise CDU und CSU bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht im gleichen Lager Wahlkampf machen – was nach deutschem Wahlgesetz durchaus möglich ist –, wie könnte eine solche Teilung dann ohne Auswirkung auf ihre Zusammenarbeit in der EVP bleiben?

Die Störfaktoren

Ein anderes Element könnte den Zusammenhalt der Föderationen beeinträchtigen. Die derzeitigen nationalen Koalitionen weisen in den Ländern der Gemeinschaft sehr verschiedene Konstellationen auf. In dem einen Land befinden sich die Christdemokraten in einer Koalition mit den Sozialisten, in dem anderen mit den Liberalen. In dem einen gehört eine Partei einer Föderation der Mehrheit an, in dem anderen der Opposition. In beiden Fällen bestimmt dies unterschiedliche Einstellungen, die zu Spannungen innerhalb der europäischen Föderationen führen können.

In dieser Hinsicht könnte die Frage einer Koalition mit den Kommunisten sehr peinlich werden. Das von den „betroffenen“ Parteien vorgebrachte Argument, das Europäische Parlament habe sich keine Gedanken um eine Regierungsbildung zu machen und folglich stelle sich die Frage einer Koalition oder eines Abkommens mit den Kommunisten nicht, zeigt das wahre Problem, mit dem im Übrigen nicht nur die Sozialisten konfrontiert sind, sondern auch (in Italien) die Christdemokraten. Wäre es auf lange Sicht glaubwürdig, gemeinsame Lösungen mit den Kommunisten auf nationaler Ebene zu suchen (zum Beispiel im Bereich der Wirtschaft) und gleichzeitig zu erklären, dass diese Strategie auf Gemeinschaftsebene für die gleichen Probleme nicht anwendbar sei?

Ein anderer Störfaktor für die Föderationen sind die Veränderungen und Entwicklungen, die in der Zusammensetzung der Parteien auf internationaler Ebene stattfinden. So wurde am 24. April dieses Jahres die Europäische Demokratische Union (EDU), „Arbeitsgruppe der christdemokratischen, konservativen und anderen Parteien des gemäßigten Zentrums“, ordnungsgemäß in Salzburg gegründet. Hierin sind insbesondere die Gaullisten und die Konservativen aus dem Vereinigten Königreich und Dänemark vertreten. Die christdemokratischen Parteien Belgiens, der Niederlande und Italiens nehmen dagegen an ihr nicht teil. Sie lehnten es ab, mit Ersteren gemeinsame Sache zu machen, die sie für zu konservativ halten. Da eines der erklärten Ziele der EDU darin besteht, Bündnisse im Europäischen Parlament vorzubereiten, muss man sich fragen, ob sie nicht für beträchtliche Schwierigkeiten in der christlich-demokratischen Fraktion und in der EVP sorgen wird.

Bilaterale Aktionen – beispielsweise zwischen der CSU und den Gaullisten – könnten ebenfalls Folgen haben und die EDU könnte als eine Sammlungsbewegung gegen die Annäherung Europas an den Sozialismus und Kommunismus zahlreiche Parteien anziehen.

Auch darf nicht vergessen werden, dass sich die politische Landschaft in Europa durch regionalistische und nach Autonomie strebende Gruppierungen, durch neue Parteien oder „Bewegungen“ (die Grünen zum Beispiel) sowie durch die Parteien der drei Beitrittsländer (Griechenland, Portugal und Spanien) mehr oder weniger verändern wird. Solange dies so bleibt, wird es bei den drei großen europäischen Föderationen zu „Anpassungen“ kommen.

Zum Schluss sei der Faktor angesprochen, der innerhalb dieser Föderationen Schwierigkeiten bewirken könnte: die Frage der Finanzierung. Welches System wird man verwenden, um sich die notwendigen Finanzierungsquellen zu verschaffen? Wie wird der Verteilungsschlüssel aussehen?

Folgendes Fazit kann daher gezogen werden: Obwohl bereits die bloße Existenz der europäischen Parteiföderationen als ein Erfolg des Integrationsprozesses gesehen werden muss, wäre es gefährlich, ihnen mit einem Gefühl der Euphorie zu begegnen.

Rudolf Hrbek